

# Mindestlohn rauf? Mindestlohn rauf!

## Nach katholischer Soziallehre ist es ein Beitrag zur Lohngerechtigkeit

**M**indestlohn rauf? Ja, die Koalition aus SPD, FDP und Grünen will politisch eingreifen und ihn auf zwölf Euro je Arbeitsstunde aufstocken. Und warum auch nicht? Katholische Soziallehre und Sozialverkündigung betonen schließlich seit der Arbeiterfrage des 19. Jahrhunderts die Würde und den Wert der menschlichen Arbeit, gerade auch der Lohnarbeit abhängig Beschäftigter als der schutzwürdigen Arbeitsvertragspartei. Ein wesentlicher Maßstab sozialer Gerechtigkeit ist deshalb die Lohngerechtigkeit: „Wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, der ist ein Bluthund“, heißt es schon im Alten Testament (Sir 34,22) in der Übersetzung Martin Luthers. Lohngerechtigkeit ist aus christlich-sozialethischer Sicht sogar derart zentral, dass ein Vorenthalten des gerechten Lohns bereits seit biblischen Zeiten zu den himmelschreienden Sünden gezählt wird (vgl. Jak 5,4).

### Schlüsselproblem der Sozialethik

Die Frage nach gerechtem Lohn wurde von Papst Johannes Paul II. in seiner Arbeitszyklika „Laborem exercens“ von 1981 daher nicht ohne Grund als „Schlüsselproblem der Sozialethik“ und „Prüfstein für die Gerechtigkeit des gesamten sozio-ökonomischen Systems“ (Nr. 19) bestimmt. Entsprechende christliche Sozialkritik trifft darum im heutigen Deutschland mit einem der europaweit größten Niedriglohnsektoren und einer durch die Pandemie noch beschleunigten wachsenden sozialen Ungleichheit ins Schwarze.

Den gerechten Lohn an sich gibt es nicht; für Lohngerechtigkeit gibt es kein absolutes Kriterium. Wie aber lässt sich annäherungsweise mehr Lohngerechtigkeit in Deutschland wenigstens durch Eindämmung zu niedriger Löhne erreichen? Befunde aus der Arbeitsmarktforschung zeigen, dass der Umfang des Niedriglohnsektors stärker von der Tarifbindung als von der Existenz eines gesetzlichen Mindestlohns beeinflusst wird.

Die Erosionsprozesse sind jedoch drastisch: Mittlerweile gibt es für rund die Hälfte der Arbeitnehmer in Deutschland keinen Tarifvertrag mehr. Die Prüfung aller Reformansätze zur Stärkung der Tarifautonomie und des Organisationsgrads der Tarifvertragsparteien, also der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände, sollten daher in dieser Legislaturperiode weit oben

auf der Agenda stehen. So will die Ampel laut Koalitionsvertrag auch immerhin „Tarifautonomie, die Tarifpartner und die Tarifbindung stärken, damit faire Löhne in Deutschland bezahlt werden“.

Solange das aber nicht funktioniert, braucht es eine politisch gesetzte Lohnuntergrenze. Deren Einführung vor sieben Jahren war damals längst überfällig, um die Menschen besser vor allzu skandalösen Dumpinglöhnen zu schützen. Dennoch reichen auch die aktuellen 9,82 Euro allein schon angesichts stark steigender Wohn- und Energiekosten auch für viele Vollzeitbeschäftigte für die Deckung des Lebensunterhalts ohne Aufstockung oft nicht – und bestimmt niemals für eine spätere gesetzliche Rente oberhalb der Grundversicherung. Vom Ertrag des Einsatzes der eigenen Arbeitskraft frei und ohne soziale Hilfen für sich selbst und die eigene Familie sorgen zu können, unterstreicht nicht nur Würde und Wert der Arbeit, sondern entspricht ebenfalls dem Soziallehre-Prinzip der Subsidiarität.

Der Ampelplan wird jedoch mitunter auch als eine Politisierung der Mindestlohnfindung kritisiert: Um regelmäßige Erhöhungen kümmert sich eigentlich im Sinne einer Beteiligung der Tarifpartner eine Mindestlohnkommission, die je zur Hälfte aus Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeber sowie aus zwei Wissenschaftlern mit beratender Stimme besteht.

### Würde und Wert menschlicher Arbeit

Prinzipiell ist das eine gute Lösung – in der konkreten Praxis jedoch leider nicht: Die Kommission hat sich bisher weitestgehend nur nachlaufend und eher konservativ am Tarifindex orientiert. Den liefern die Bundesstatistiker, weshalb man die Kommission auch durch eine Excel-Tabelle ersetzen könnte, wie der Sozialwissenschaftler Stefan Sell bereits seit Jahren anmerkt. Die Kommission arbeitet zu verzagt, weshalb die bisherigen Mindestloohnerhöhungen auch immer nur kleinschrittig verliefen. Von daher ist es richtig, dass die Politik sich da jetzt beherzt einmischt.

Etwa 7,2 Millionen Beschäftigte und damit 92 Prozent der Beschäftigten im Niedriglohnsektor würden von der geplanten Mindestloohnerhöhung profitieren. Für die einen, etwa die Katholische Arbeitnehmerbewegung (KAB), ist selbst die Anhebung auf zwölf Euro pro Stunde noch zu wenig –

aus guten Gründen! Andere hingegen spielen angesichts des Lohnsprungs um mehr als 22 Prozent die alte Leier einer Überforderung der Unternehmen und stimmen dabei erneut das Lied vom Mindestlohn als Arbeitsplatzkiller an.

Den richtigen Ton trifft man dabei aber höchstens, wenn es um die Sensibilisierung für den komplexen Zielkonflikt zwischen einer möglichst breiten Erwerbsbeteiligung mit dem Ziel der Vollbeschäftigung einerseits und der Gestaltung guter Arbeitsbedingungen mit auskömmlicher Entlohnung und verlässlicher sozialer Sicherung andererseits geht. Schon bei Einführung des Mindestlohnes hat sich jedoch gezeigt, dass die übermäßige Panik vor flächendeckendem Arbeitsplatzabbau unbegründet war.

### Tarifbindung statt Mindestlohn

Kämen also mehr Niedriglohn-Arbeitnehmer in den Genuss angemessener Tariflöhne, wäre ein höherer gesetzlich verordneter Mindestlohn überflüssig. Wollen sie weiteren politischen Eingriffen in die Lohnentwicklung zuvorkommen und wollen sie keine „Bluthunde“ sein, deren Sünden zum Himmel schreien – wie es im Alten Testament heißt –, sollten sich Niedriglohn-Arbeitgeber also ihrer hohen ethischen Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitern und deren Familien bewusst und deshalb Tarifpartner werden. Doch auch alle nichtorganisierten Arbeitnehmer sollten sich jetzt im neuen Jahr überlegen, zukünftig in und mit den Gewerkschaften für mehr und gute Tariflöhne zu kämpfen, um die „Bluthunde“ an die Leine zu legen. Solange das in weiter Ferne liegt, gilt: Mindestlohn rauf!

LARS SCHÄFERS

Lars Schäfers ist Magister der Theologie und wissenschaftlicher Referent an der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre der Bonner Katholisch-Theologischen Fakultät sowie Generalsekretär der sozialtheologischen Vereinigung *Ordo socialis*.

